

No. 469 3. April 2008

1. Politik:

- **Einseitigkeit und Illegalität – die Botschaft Kolumbiens an die Welt**

2. Frieden und Konflikt:

- **Der gefährliche Vergleich mit Israel...**
- **Politiker und kriminelle Organisationen – ein endloser Skandal**

3. Debatte: Untergang des kolumbianischen Staates

Leitungsequipe:

Mauricio García Durán S.J., CINEP; Gabriel Izquierdo S.J., Redunipaz
Carlos Salgado, PLANETA PAZ; Jorge Carvajal, ILSA

Direktion:

Johanna Cárdenas Beltrán

Redaktion:

Mauricio García Durán S.J.; Camino Tamayo; Johanna Cárdenas; Nelson Martin

Gestaltung der Website:

www.actualidadcolombiana.org

e-mail: actualidadcolombiana@cinpe.org.co

Übersetzung ins Deutsche und Versand in Europa:

Arbeitsgruppe Schweiz-Kolumbien, Postfach 7004, CH-6000 Luzern 7 / Schweiz

e-mail: fachstelle.luzern@askonline.ch Internet: www.askonline.ch

1. Politik:

Einseitigkeit und Illegalität – die Botschaft Kolumbiens an die Welt

Zuerst ein Übergriff auf fremdes Territorium ohne den winzigsten Anflug von Respekt gegenüber den regionalen Abkommen; dann die Bezahlung einer millionenschweren Belohnung an einen Guerillero, welcher einen anderen Guerillero ermordete und ihn tot den Behörden übergab. Die zwei Ereignisse zeigen, dass die jetzige Regierung Kolumbiens die Einseitigkeit und die Illegalität für effizienter hält als die Gesetze, Normen und internationalen Abkommen.

Von Juan Diego Restrepo E, Presseagentur des IPC in Medellin

Das Konzept der Subversionsbekämpfung der Administration von Präsident Uribe geht von einer einfachen Idee aus: alles ist erlaubt. Und weil alles erlaubt ist, ist es besser, Tatsachen zu schaffen, denn dies ist nach Meinung der Regierung effizienter und so können erst noch rechtliche, administrative, politische und diplomatische Hindernisse umgangen werden.

Die Haltung des kolumbianischen Präsidenten Uribe ist keine eigene Schöpfung und entstand auch nicht durch die Genialität seines Geistes. Sie ist Teil der internationalen Konzeption, die über Uribe hinaus geht und darauf basiert, Terror mit Terror, Illegalität mit Illegalität zu bekämpfen. Es ist ein Mechanismus, welcher in verschiedenen internen Konflikten zur Anwendung kam, so u.a. in Guate-

mala in den 70er und 80er Jahren unter den Generälen Lucas García und Efraín Ríos Montt und in Peru in den 90er Jahren unter dem Regime von Alberto Fujimori.

Beim Gipfeltreffen der Rio-Gruppe vom 7. März 2008 in der Dominikanischen Republik analysierten die Präsidenten Lateinamerikas den Angriff der kolumbianischen Streitkräfte auf ein Lager der FARC auf ecuadorianischem Gebiet und machten den kolumbianischen Präsidenten Uribe darauf aufmerksam, dass seine Haltung „alles ist erlaubt“ falsch ist.

Am konkretesten und klarsten drückte sich die argentinische Präsidentin Cristina Fernández de Kirchner aus: „Wir haben gesagt, dass historisch gesehen – und ich betone das – der Terrorismus nicht mit der massiven Verletzung der Menschenrechte bekämpft werden kann. Die Illegalität kann auch nicht mit noch grösserer Illegalität bekämpft werden, sondern mit viel, sehr viel Legalität.“ Eigenartigerweise wurde diese Äusserung von Frau Kirchner von den kolumbianischen Medien nicht wiedergegeben, vielleicht wegen des unbequemen Inhaltes sowohl in Bezug auf die Vergangenheit wie auch die Gegenwart.

Die argentinische Präsidentin betonte, dass es unerlässlich sei für Lateinamerika, die Einführung der Doktrin der Einseitigkeit zu verhindern: „Wenn wir diese Doktrin zulassen, werden wir ein Erbe der Aussenpolitik Lateinamerikas verlieren, welches an allen internationalen Foren als Erfolg dargestellt wird.“

Doch Präsident Uribe und seine Gefolgsleute weigern sich, die Botschaft zu hören und Kolumbien repräsentiert heute genau dies: Die Einseitigkeit und die Illegalität. Das ist keine leichtfertige oder tendenziöse Aussage, sondern sie stammt von Uribe selber, der bei verschiedenen Interventionen sagte, dass „wir die Terroristen überall suchen werden, egal wo sie sind“. Und so hat er es auch gemacht. Präsident Uribe setzt für die Verteidigung der Demokratie alles aufs Spiel und verrät so genau die Werte der Demokratie selber.

Der bewaffnete Übergriff auf Ecuador ist nur ein Beispiel davon. Die Neuinterpretation der Gesetze im Falle des Guerillero Pedro Pablo Montoya, alias Rojas, des Mörders des FARC-Sekretariatsmitglieds Iván Ríos ist ein weiteres Beispiel. Montoya, alias Rojas, erhielt eine millionenschwere Belohnung für den Mord am FARC-Führer, welche aber öffentlich als eine Belohnung für Informationen dargestellt wurde.

Dieses Vorgehen resultiert aus einer einfachen Gleichung: Illegalität wird mit Illegalität bezahlt. Doch dies wollen die hohen Regierungsfunktionäre nicht hören, auch nicht die Warnungen von Präsidentin Kirchner: „Weichen wir nicht vom Gesetz ab, noch viel weniger, wenn es um die Bekämpfung der Illegalen geht. Denn die Illegalen bekämpft man mit mehr Recht, mit mehr Justiz und mit der Anwendung der zwischenstaatlichen Abkommen.“

Doch die kolumbianische Regierung, nach Meinungsumfragen unterstützt von 84% der Bevölkerung, beharrt auf einer für die Demokratie gefährlichen Haltung: Die eigenen und fremden bürgerlichen Rechte sind für sie eine sekundäre Beschränkung um jene anzugreifen, welche sie als „Terroristen“ bezeichnet. Was zählt, ist die Sicherheit der Mehrheit, und darum, so würde Uribe sagen, „ist es notwendig alles nur mögliche zu tun“.

Zweifelloso ist dies eine gefährliche Haltung für die Regierung und ihre Sicherheitsberater, denn Handeln wird über Recht gesetzt. Das bedeutet: Wenn ich gegen das Recht handle, kann ich nachträglich die Gesetze ändern oder sie an meine Handlung anpassen. Ein obskures Spiel, das die nationale und internationale Stabilität der Gesetze und auch das demokratische Prinzip der staatlichen Gewaltentrennung verletzt.

Die kolumbianische Regierung muss daran erinnert werden, so wie es Präsidentin Kirchner machte, dass die Meinung des Auslandes und die internationalen Normen von Bedeutung sind. Der französische Akademiker Michael Ignatieff, ein Experte in diesem Bereich, meinte: „Die Staaten sind keine moralischen Inseln. Sie müssen sich an die internationalen Normen halten. Dies sowohl um die Ab-

kommen und Vereinbarungen zwischen den Nationen zu erfüllen, aber auch um dem Rechnung zu tragen, was Thomas Jefferson den ‚bescheidenen Respekt gegenüber der Meinung der Menschheit‘ nannte.“

Die Haltung von Präsident Uribe macht deutlich, dass er öffentliche Sicherheit über das Recht und die Würde der Völker setzt. Alle Folgen dieser Haltung werden als kleineres Übel betrachtet. Dazu meint Ignatieff: „Die beste Form der Schadensminderung besteht darin, in unseren Köpfen eine klare Unterscheidung zu machen zwischen dem, das aufgrund der Notwendigkeit erlaubt sein kann und dem, das durch die Ethik der Würde erlaubt ist. Es soll nie erlaubt sein, dass die Rechtfertigung des Notwendigen den moralisch problematischen Charakter von notwendigen Massnahmen verwischt.“

Auf der Suche nach Rechtfertigung kann Uribe seine Aktionen nicht mit dem Konzept des kleineren Übels begründen, denn die Wiederholung seiner Aktionen führt zur Frage: Was kann verhindern, dass diese Aktionen zu einem grossen Übel werden?

Die kolumbianische Regierung kann ihre Haltung im lateinamerikanischen Kontext nicht aufrecht erhalten. Vielleicht ist ihre Position in Kolumbien selber effizient und trägt zur Steigerung der Popularität von Uribe bei, doch auf internationaler Ebene ist dies anders und dort nützen die Meinungsumfragen wenig. Behält Uribe seine Haltung bei, könnte er eine Isolierung provozieren, welche den sozialen, politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Beziehungen des Landes nicht gut bekäme.

Die Handlungsebenen Kolumbiens sind vielfältig – UNO, OAS, Andengemeinschaft, Mercosur – und bei jedem Treffen verlangt Kolumbien mehr Gehör für seine Notwendigkeiten. Doch mit dem Vorgehen der Regierung Uribe schafft sie eine Ablehnung, die nicht notwendigerweise öffentlich geäussert wird, aber sich in den Entscheiden dieser multilateralen Organisationen reflektieren. Die unilateralen und illegalen Haltungen von Uribe könnten ihm auf regionaler und internationaler Ebene Stimmen kosten, die er zur Erlangung der von Kolumbien verlangten internationalen Unterstützung braucht. Diese Gefahr könnte durch transparentes Handeln und durch die Respektierung der Multilateralität und der Legalität überwunden werden.

2. Frieden und Konflikt: Der gefährliche Vergleich mit Israel...

„Uribe, du wirst uns in Südamerika eine weiteres Israel schaffen.“ Der venezolanische Präsident Hugo Chávez bezeichnete in einer Rede die Haltung der kolumbianischen Regierung als sehr besorgniserregend und verglich sie mit der Rolle Israels als Instrument des Imperialismus bei der Invasion in den Libanon und den Gazastreifen, wo Israel praktisch täglich mordet, entführt, bombardiert und zerstört.

Von Lucas Urdaneta, Politologe

Von allen Äusserungen, Erklärungen, Unterstellungen, Dummheiten und Phantasierereien, welche dem venezolanischen Präsidenten Chávez unterstellt werden, könnte diese Aussage vielleicht das grösste Aufsehen erregen. Doch wenige Beobachter haben sich die Mühe genommen, die Folgen dieses gefährlichen Vergleichs zu analysieren und sich zu fragen: „Werden wir wirklich zu einem Israel Südamerikas?“

Nach dem 1. Weltkrieg verabschiedete der damalige Völkerbund das britische Mandat über Palästina mit dem Ziel, eine Nation für das jüdische Volk zu schaffen. 1947 hiessen die Vereinten Nationen die Teilung des Mandats in zwei Staaten gut: einen jüdischen und einen arabischen. Die Arabische Liga widersetzte sich dem Plan. Trotzdem erklärte Israel am 14. Mai 1948 seine Unabhängigkeit. Der nachfolgende Krieg gegen die arabischen Länder der Region führte zu einer Ausweitung der Grenzen des neuen Staates Israel über die von der UNO festgelegten Grenzen hinaus. Seither lebt Israel, welches im Norden an den Libanon, im Osten an Syrien und Jordanien und im Südwesten an Ägypten grenzt, bis heute in einem andauernden Konflikt mit der Mehrheit der arabischen Nachbarländer, dies obwohl Friedensabkommen mit Ägypten und Jordanien geschlossen und Hunderte von Annäherungsbemühungen zu den Palästinensern gemacht wurden.

Auf militärischer Ebene führte die Rolle des israelischen Staates in den zahlreichen regionalen Konflikten dazu, dass die Armee Israels eine der best ausgerüsteten Armeen der Welt ist. Die israelischen Streitkräfte umfassen 168'000 Einheiten und eine Reserveheer von 408'000 Personen.

Die USA leisten seit den 70er Jahren die grösste Militärhilfe an Israel. Nach Steven Erlanger und seinem 2007 in der New York Times publizierten Artikel mit dem Titel „Israel to Get 30 Billion Dollars in Military Aid From U.S.“ wird erwartet, dass die USA zwischen 2008 und 2017 Israel rund 30 Billionen US-Dollar an Militärhilfe zukommen lassen werden. So ist z.B. mit US- und israelischer Technologie eines der weltweit wenigen Raketenabwehrsysteme entwickelt worden. Seit seiner Schaffung hat Israel einen beträchtlichen Anteil seines Bruttoinlandproduktes BIP für die Verteidigung ausgeben müssen. Bereits in den 80er Jahren machten die Verteidigungsausgaben einen bedeutenden Teil des BIP aus, heute betragen sie 7,3% des BIP nach Angaben des CIA-Factbook.

Nun zu Kolumbien. Kolumbien lebt weder in einem andauernden Konflikt mit seinen Nachbarn noch inmitten einer latenten Invasionsdrohung. Auch die Religion war zumindest in den letzten Jahren kein vorrangiges Problem der öffentlichen Sicherheit Kolumbiens. Der interne bewaffnete Konflikt, welcher seit über 50 Jahren andauert, ist dafür verantwortlich, dass es in Kolumbien jährlich mehr Tote gibt, als in Israel. Der interne bewaffnete Konflikt findet auch seinen Niederschlag in den Militärausgaben Kolumbiens und macht diese zu einem der wichtigsten Budgetposten. Nach einer Studie von Luis Jorge Garay mit dem Titel „Bewaffneter Konflikt und organisiertes Verbrechen. Szenarien der Korruption. Zum Fall Kolumbiens“, zeigen die Militärausgaben Kolumbiens eine beachtliche Steigerung in der Zeit von 2002-2005. Nach Angaben der Studie betragen die Militärausgaben 10,588 Mia. Pesos und es gab ein Wachstum um 78,4% im Vergleich zu 2000 (5,935 Mia. Pesos). In US-Dollar stiegen die Militärausgaben um 30,4% in der untersuchten Zeitperiode und erreichten 3,309 Mia. US-Dollar im Jahr 2005.

Im Vergleich zu den anderen lateinamerikanischen Ländern betragen deren Militärausgaben im Jahr 2004 durchschnittlich rund 1,6% des BIP. Im Falle Kolumbiens betragen die Militärausgaben im Jahr 2004 3,8% des BIP: Nach dem SIPRI-Handbuch belegte im Jahr 2004 Kolumbien mit 3,8% des BIP weltweit den 5. Platz bei den Ländern mit Konflikten. Die ersten Plätze belegten Israel (8,7% des BIP), Burundi (6,3%), Äthiopien (4,4%), Angola (4,2%) und Russland (3,9%). Besorgniserregend ist die steigende Tendenz der Militärausgaben in Kolumbien. Nach Angaben der Nationalen Budgetbehörde betragen die Ausgaben für Verteidigung und Sicherheit im Jahr 2008 rund 5% des BIP und erreichen damit den Anteil wie in den Jahren 2003 und 2004. Dies ist eine Folge der neuen Phase der Politik der demokratischen Sicherheit: Die Phase der Konsolidierung.

Für 2008 ist US-Militärhilfe in der Höhe von 542 Mio. US-Dollar und für 2009 eine Militärhilfe von 402,823 Mio. US-Dollar vorgesehen. Seit Beginn des Plan Colombia sind rund 5 Mia. US-Dollar an US-Militärhilfe an Kolumbien bezahlt worden. Durch diese unter Clinton begonnene Militärhilfe ist Kolumbien zu einem der weltweit wichtigsten Empfängerländer von Wirtschafts- und Militärhilfe der USA geworden. In Lateinamerika hält Kolumbien mit riesigem Abstand die Spitze bei der US-Unterstützung. Das Programm mit dem Ziel der Verbesserung der Sicherheit, der Auflösung der „terroristischen Organisationen“ und vor allem mit der Zerschlagung der Strukturen des Drogenhandels durch die Beschlagnahmung und die Zerstörung des Drogenanbaus hat Kolumbien zu einem strategischen Alliierten und zum Schützling der USA in der Region gemacht. Aufgrund der Krise nach dem Überfall kolumbianischer Militäreinheiten am 1. März 08 in Ecuador gab es viele Spekulationen darüber, dass eine venezolanische Aggression zu einer US-Intervention in den Konflikt führen könnte, da es sich um einen Angriff von Chávez auf den Schützling Kolumbien handeln würde.

Obwohl Chávez bestimmt nicht alle diese Elemente überlegt hat, als er seine umstrittene Äusserung machte, hatte diese doch in einigen Punkten ihre Berechtigung. Je mehr wir uns der US-Regierung nähern, umso mehr entfernen und isolieren wir uns von unseren Nachbarn. Schaffen wir tatsächlich israelische Zustände?

Politiker und kriminelle Organisationen – ein endloser Skandal

Rückblickend sind verschiedene untypische Formen in der kolumbianischen Politik auszumachen, bei denen Kandidaten verschiedener öffentlicher Behörden zu nicht-traditionellen Methoden griffen, um sich wählen zu lassen. Einige von ihnen sahen sich später in Untersuchungen, Verurteilungen oder Verdächtigungen involviert.

Von Dagoberto Muñoz Erazo, Journalist beim CINEP

Das Wort „Narco-Politik“ ist eine kolumbianische Wortschöpfung, die unter der Regierung von Ernesto Samper entstand. Einige Beobachter siedeln den Ausdruck aber bereits am Ende der 70er Jahre an, als die kolumbianische Mafia politische Kampagnen zu finanzieren begann. Als erster muss hier Pablo Escobar genannt werden, Drogenhändler und Chef des Kartells von Medellín, der sich dank seinem Geld zum Kongressabgeordneten wählen liess. Er wollte auf diesem Weg für ihn günstige Gesetze durchbringen, so z.B. das Verbot der Auslieferung. Als er scheiterte, griff er zu terroristischen Methoden. Der damalige Justizminister Rodrigo Lara Bonilla und der Präsidentschaftskandidat Luis Carlos Galán, welche vor der Übernahme des Landes durch die Korruption des Drogenhandels warnten, wurden im April 1984 respektive im August 1989 vom Medellinkartell ermordet.

Die Methoden des Kartells von Cali waren anders, subtil, aber umfassend. Dem Kartell von Cali gelang es viele Politiker in seine Dienste zu nehmen und das Land zu destabilisieren. Nach der Zeitschrift *Semana* erhielt ein Drittel des Kongresses zu dieser Zeit Zuwendungen des Kartells von Cali. Im Gegenzug mussten sie entsprechend für Gesetze stimmen. Das Cali-Kartell leistete sich den Luxus, einen Präsidenten, einen Verteidigungsminister und einen Finanzaufseher zu stellen.

Der Prozess 8000 – so der Name des Prozesses gegen Präsident Ernesto Samper aufgrund der Anschuldigung, Gelder des Drogenhandels für seine Präsidentschaftskampagne angenommen zu haben – führte zu Strafuntersuchungen, Prozessen und Verurteilungen von Parlamentariern, Kandidaten und Ministern. In der Karwoche des Jahres 1996 – in einem sehr intensiven Moment des Prozesses 8000 – machte der damalige Erzbischof von Bogotá, Pedro Rubiano, einen Vergleich, der Berühmtheit erlangte: „Ich glaube, es gibt Sachen, die nicht versteckt werden können. Wenn ein Elefant sich im Haus breit macht, dann muss man ihn sehen.“ Der Erzbischof bezog sich dabei auf die Erklärungen von Präsident Samper gegenüber den Anschuldigungen, bei denen er meinte: „Wenn es Infiltrationen von Drogengeldern in meine Kampagne gab, so hinter meinem Rücken.“

Der ehemalige Finanzchef der Präsidentschaftskampagne, Santiago Medina, gab den Erhalt von Drogengeldern am 12. September 1995 zu und Sampers Verteidigungsminister Fernando Botero bekräftigte am 22. Januar 1996, dass der Präsident von diesen Geldern gewusst habe. Doch entgegen allen Erwartungen wurde Samper am 6. Juli 1996 vom Kongress freigesprochen. Mit 111 gegen 43 Stimmen wurde der Prozess gegen den Präsidenten eingestellt. Weder schuldig, noch unschuldig – der Prozess wurde einfach geschlossen.

Wie es logischerweise zu erwarten war, wurde der Drogenhandel zu einem vorherrschenden Faktor des kolumbianischen Konfliktes. Der Wirtschaftsboom des Kartells von Medellín öffnete der Guerilla die Augen für diese Einnahmequelle, die ideale Form für die Beschaffung der notwendigen Mittel für die Machtübernahme. Damit ging es nicht mehr um einen Krieg der Ideologien, sondern um das Geld. Die entmilitarisierte Zone wurde von den Gemeinden Mesetas, Vista Hermosa, Uribe, La Macarena und San Vicente del Caguán gebildet und sowohl in diesen Gebieten wie auch in anderen Regionen, in denen die Guerilla eine territoriale Kontrolle ausübte, wurden Politiker gewählt, die von der Guerilla unterstützt wurden.

Der Paramilitarismus entstand in den 70er und 80er Jahren als eine Antwort der Viehzüchter und zweifelten Grossgrundbesitzer aufgrund der Aktionen der Guerilla. Grossgrundbesitzer wie Viehzüchter sahen sich Ende der 80er und anfangs der 90er Jahre durch die Präsenz des Drogenhandels gestärkt. Dann beschloss der Paramilitarismus den Staat und auch die politischen Instanzen auf lokaler und regionaler Ebene zu durchdringen. Diese enorme Macht diente auch zur Manipulation und zur Änderung der politischen Landkarte Kolumbiens, wobei viele Politiker auf allen Ebenen mitwirkten. Im Juli 2001 wurde zwischen den paramilitarischen Verbänden der AUC und gegen 30 Politikern der Atlan-

tikküste ein Dokument mit der Bezeichnung „Pakt von Ralito zur Neugründung des Vaterlandes“ unterzeichnet. Der Oberste Gerichtshof beginnt die Untersuchungen gegen die Parapolitik aufgrund von Dokumenten, welche auf dem Computer des paramilitärischen Chefs Jorge 40 gefunden wurden.

131 politische Führungsleute werden in den Untersuchungen der Parapolitik aufgeführt. 60 davon sind Parlamentarier und 19 waren Parlamentarier; 21 sind in Haft; gegen drei wurde ein Urteil gefällt, zwei stimmten einer vorgezogenen Strafe zu und 13 Kongressabgeordnete haben auf ihre Immunität verzichtet. Es fehlt wenig um die Aussage von Salvatore Mancuso zu bestätigen, dass die Paramilitärs 35% des Kongresses kontrollierten. Der Prozess gegen die Parapolitiker ist der grösste je geführte in Kolumbien. Zu Beginn wurden nur Prozesse gegen Politiker der Atlantikküste geführt, doch in den letzten Monaten wurden auch Prozesse gegen Politiker von Antioquia, Santander, Tolima, Nordsantander, Caldas, Risaralda, Boyacá, Meta, Casanare und Caquetá aufgenommen.

Das Negativste ist, dass bei den Wahlen von Oktober 2007, als diese Prozesse bereits bekannt waren, fünf politische Parteien, von denen die Gesamtheit oder die Mehrheit ihrer Parlamentarier in Untersuchungshaft sassen oder gegen sie Strafverfahren liefen, mehr als 25'000 Kandidaten Unterstützung gewährten, die in einigen Departements auch Siege erreichten.

Es gibt sehr unterschiedliche Meinungen zu den Prozessen gegen die Parapolitiker. So gibt es jene, die meinen, diese Skandale des letzten Jahrhunderts sollten uns nicht besorgen und es sei nötig, diese Seite zu schliessen. Das Notwendige sei getan worden. Andere hingegen meinen, dass das Phänomen der Parapolitik immer noch gleich oder gar noch schlimmer ist und sehr wenig getan wurde. Sie meinen auch, dass die inhaftierten Parlamentarier durch andere ersetzt werden und dass nur einige abgeurteilt würden, doch die wirklich grossen Fische nicht angetastet würden.

Jeder Skandal ist schlimmer als der vorhergehende. Die Medien, die Universitäten und die NGO haben diese Skandale sichtbar gemacht. Jetzt ist wichtig, dass die Justiz funktioniert und bis zu den letzten Konsequenzen geht. Die ganze Wahrheit soll aufgedeckt werden und die Verantwortlichen - unabhängig von ihrer Macht - zur Rechenschaft gezogen werden. Doch jetzt taucht eine neue bewaffnete Gruppe auf, die sich Aguilas Negras – Schwarze Adler nennt und in 14 Departements präsent ist. Werden die Politiker erneut der Versuchung verfallen, sich dieser Hilfe zu bedienen, um sich wählen zu lassen?

3. Debatte: Untergang des kolumbianischen Staates

In gewissen Umständen scheinen die Namen dazu prädestiniert, uns auf den tieferen Sinn der Realität zu verweisen. Dies ist der Fall beim Namen „Sucumbíos“ (sucumbir: unterliegen, erliegen, untergehen) zu sein, dem Ort, an dem das internationale Leben des kolumbianischen Staates unterging und sich auf ecuadorianischem Territorium de facto als eine tödliche Präsenz präsentierte.

Von Hernando Llano Angel, Politologe und Professor der Universidad Javeriana von Cali

Es geht in diesem Artikel nicht darum über die Ereignisse rund um die Tötung von Raul Reyes und von rund 25 seiner Begleiter zu berichten, welche als grösster Erfolg der „demokratischen Sicherheit“ gefeiert wurde. Es geht hier mehr darum aufzuzeigen, dass hier der Begriff der politischen Realität untergegangen ist und von der tödlichen und unwiderruflichen Logik des Krieges überrollt wurde. Diese Kriegslogik negiert sogar die rechtliche Existenz der Staaten und verkennt die Landesgrenzen als Grenzen, an denen die eigene legale Hoheit und politische Souveränität aufhört. Das Resultat dieses Wahnsinns, inspiriert durch den Begriff „Präventivkrieg“ gegen den Terrorismus und den vermeintlichen unwidersprechlichen Triumph der Demokratie, ist im internationalen Untergang im Irak ersichtlich. Nach fünf Jahren militärischer Besetzung durch die USA kann kein wirkliches Aufblühen der Demokratie im Irak beobachtet werden.

Heute ist der Irak der danteske Friedhof der Menschheit: Mehr als 600'000 Menschen, davon 140'000 Zivilisten sind getötet worden; 4,5 Mio. IrakerInnen wurden zu internen Vertriebenen und vagabundieren wie Phantasmen durch ihr eigenes Land und gegen 2 Mio. IrakerInnen gelang die Flucht ins Aus-

land. Ein solches Panorama von Verwüstung und Tod ist der Beweis, dass „dieser Krieg nobel, gerecht und notwendig ist“, wie US-Präsident George W. Bush am 5. Jahrestag des Kriegsbeginns erklärte.

Die Statistiken zeigen das Ausmass dieser Lüge auf, die zu offizieller Wahrheit gemacht wurde und eine Schande für die internationale Politik der USA ist: Zur Zeit benötigen 6 Mio. IrakerInnen dringende humanitäre Hilfe; 1'121 Selbstmordanschläge wurden verübt, d.h. Menschen haben sich selber zu tödlichen Terrormaschinen gemacht; 70% der IrakerInnen haben kein Trinkwasser und 80% sind an keine Abwasserversorgung angeschlossen. Diese „demokratische“ Hölle auf irakischem Boden zählt in den USA noch mit ganzen 38% Unterstützung, wie jüngste Meinungsumfragen ergaben.

Etwas ähnliches – immer die unterschiedlichen Proportionen von Lüge und Horror in Betracht ziehend – geschieht uns in Kolumbien mit den Erfolgen der „demokratischen Sicherheit“. Diese ist im internationalen Umfeld zum Ausdruck eines Staates geworden, der in der Illegalität versunken ist und sich in eine Art Todesmaschinerie verwandelt hat. Dabei wird dem Kampf auf dem eigenen Boden ausgewichen und für die Bezahlung von Söldnern optiert, um so obskure und tiefe Siege wie der Schlaf seiner Gegner zu erzielen. An diesem Punkt sind wir angelangt. Die Inspiration zur Politik der „demokratischen Sicherheit“ kommt von übergeordneten Intelligenzen wie jener von Präsident Uribe und seinem geistig verwirrten Einflüsterer José Obdulio Gaviria und ihrer Obsession der Negierung des internen Konfliktes, welche dazu geführt hat, diesen über unsere Grenzen hinaus zu tragen.

Heute gibt ihnen die Realität Recht: Wir haben die Kontrolle über den Konflikt verloren und dieser hat bereits einen mehr internationalen als internen Charakter. Verschärfend kommt dazu, dass diese Haltung Kolumbiens vom ganzen Kontinent Amerika abgelehnt wird, mit der beschämenden Ausnahme von George W. Bush. Dieser schiesst und besetzt präventiv Territorien – wie früher im Wilden Westen – ohne die geringste Beachtung des Lebens, der Sicherheit und der Freiheit der Zivilbevölkerung. So geschieht es im Irak.

Ähnliche Konsequenzen – immer im Rahmen der Wahrung der Proportionen – produziert die Politik der „demokratischen Sicherheit“ in unseren Beziehungen zu Ecuador. Nach Angaben des UN-Flüchtlingshochkommissariats UNHCR haben rund 250'000 KolumbianerInnen in den letzten fünf Jahren in Ecuador Schutz gesucht. 12'000 wurden als Flüchtlinge anerkannt. Es ist eine grausame und bittere Ironie, dass die Gastfreundschaft des Nachbarlandes Ecuador mit einem derart effizienten militärischen Schlag der „demokratischen Sicherheit“ auf ecuadorianischem Territorium beantwortet wurde. Dabei hat die Politik der „demokratischen Sicherheit“ sich auf eigenem Boden als völlig ineffizient erwiesen, um das Leben und die sozialen und wirtschaftlichen Rechte jener zu garantieren, die aufgrund der Gewalt vertrieben wurden.

Das grösste Paradox der „demokratischen Sicherheit“ ist die eigensinnige Weigerung, den internen Konflikt und die FARC als aufständische Gruppe anzuerkennen. Sowohl in der Erklärung der OAS wie auch in jener der Gruppe von Río werden beide Punkte anerkannt, womit wenigstens eine Möglichkeit zur Aufnahme von Verhandlungen über ein humanitäres Abkommen und die mögliche Befreiung aller Entführten als notwendige Vorbedingung für die Suche nach einer politischen Lösung eröffnet wird. Allein dies kann einen allgemeinen Untergang des Lebens und der Freiheit in der Andenregion – wie es heute in einer terroristischen Weise im Irak und im Nahen Osten dank des Präventivkrieges von Präsident Bush geschieht – verhindern.